

## Inhaltsverzeichnis

<b>Joachim Brockpähler: Die eGovernment-Strategie des Freistaates Sachsen</b>	<b>1</b>
1. Zur Philosophie der sächsischen eGovernment-Strategie . . . . .	1
1.1. Säule I: Die Basiskomponenten . . . . .	2
1.2. Säule II: Die eGovernment-Fachverfahren . . . . .	3
2. Zum sächsischen eGovernment-Zentrum . . . . .	4
3. Kommunales eGovernment . . . . .	5
4. Zur Datenautobahn »InfoHighway« . . . . .	6
5. Stand der Umsetzung und Ausblick . . . . .	6
<b>Helmut Meißner: Ausgewählte eGovernment-Themen in der Kreisverwaltung</b>	<b>7</b>
1. Das Vogtland . . . . .	7
2. Telearbeit in der Kreisverwaltung . . . . .	7
3. Der Vogtlandkreis und seine eGovernment-Projekte . . . . .	8
3.1. Internetpräsenz www.vogtlandkreis.de . . . . .	8
3.2. Redesign des Daten- und Sprachnetzes . . . . .	8
3.3. Zentrales Gewerbeverfahren . . . . .	9
3.4. Bildung der Arbeitsgruppe »Technische Koordinierung« innerhalb des REK . . . . .	10
4. Der Vogtlandkreis und seine Aktivitäten mit Partnern aus der Tschechischen Republik . . . . .	10
4.1. Haupt- und Personalamt . . . . .	10
4.2. Umweltamt . . . . .	10
4.3. Bereich Bibliotheken . . . . .	10
4.4. Jugendamt . . . . .	10
4.5. Jugendamt/Bildungsinstitut Pscherer . . . . .	10
4.6. Deutsch-tschechisches Wintersportzentrum Klingenthal/Brunndöbra . .	11
5. CLARA@eu . . . . .	11
5.1. Ziele und Schwerpunkte . . . . .	11
5.2. Ziele und Schwerpunkte im Teilprojekt »Bürgernahe Verwaltung« . . .	12
6. Anregungen zum weiteren Vorgehen . . . . .	13
<b>Jaroslav Svoboda: eGovernment in der Tschechischen Republik</b>	<b>15</b>
1. Einführung . . . . .	15
2. eStrategies . . . . .	16
3. Gesetzgebung in der Tschechischen Republik zur Förderung des eGovernment .	17
4. eGovernment im Innenministerium . . . . .	18

5.	Informationssysteme für behördliche Register und behördliche Register zum Transportwesen . . . . .	22
6.	Weitere ausgewählte Projekte und Aktivitäten des eGovernment . . . . .	23
7.	Einige Ergebnisse aus öffentlichen Meinungsumfragen über die Zugänglichkeit von Informationen der öffentlichen Verwaltung . . . . .	24
8.	Fazit . . . . .	26
	Anhang . . . . .	27

### **Wolf-Uwe Sponer: Verwaltungsreform und eGovernment – Sachstand und Perspektiven**

		<b>33</b>
1.	Handlungsfelder der Verwaltungsreform . . . . .	33
2.	Anlass für eine Reform des Verwaltungsaufbaus . . . . .	33
3.	Territorialreform . . . . .	34
3.1.	Landkreise vor der Reform . . . . .	34
3.2.	Gemeindegrößenklassen 1989 (1623 Gemeinden) . . . . .	34
3.3.	Etappen der Territorialreform . . . . .	34
3.4.	Gemeindegrößenklassen seit 1. Januar 1999 (gesamt 537 Kommunen) . . . . .	35
4.	Handlungsfelder der Funktionalreform . . . . .	35
5.	Kabinettsbeschluss vom 23. August 2004 zur Verwaltungsvereinfachung . . . . .	35
6.	Ausbau der Kundenorientierung . . . . .	36
7.	Erwartungen des Bürgers (Kunden) an die Verwaltung . . . . .	36
8.	Handlungsfelder für kundenorientiertes eGovernment . . . . .	36
8.1.	Information zur Gebietskörperschaft und ihrer Verwaltung . . . . .	36
8.2.	Bereitstellung von elektronischen Bürgerdiensten (E-Services) . . . . .	36
8.3.	Einbeziehung von Bürgern in Entscheidungsprozesse (E-Democracy) . . . . .	38
9.	Aufgaben eines Bürgerbüros . . . . .	38
10.	Verbesserung interner Organisationsstrukturen . . . . .	38
11.	Personalentwicklung und Qualifizierung . . . . .	38
12.	Optimierung der internen Steuerung . . . . .	39
13.	Verbesserung interner Ablaufprozesse und Vernetzung mit anderen Verwaltungsträgern . . . . .	39
14.	eGovernment-Initiative des Freistaates und der sächsischen Kommunen vom Januar 2004 . . . . .	40
15.	Neues Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung . . . . .	40

### **Noreen Loepke: Elektronischer Rechtsverkehr aus Sicht der Anwaltschaft**

1.	Arbeitsweise einer Rechtsanwältin unter Einsatz der elektronischen Medien . . . . .	41
1.1.	Einsatzmöglichkeiten für die Anwaltschaft . . . . .	41
1.2.	Elektronische Akte . . . . .	41

1.3.	Kommunikation per E-Mail und Sicherheit . . . . .	42
1.4.	Elektronische Signatur . . . . .	42
2.	Automatisiertes elektronisches Mahnverfahren . . . . .	42
2.1.	Stand . . . . .	42
2.2.	Länderspezifische Unterschiede . . . . .	42
3.	Elektronisches Grundbuch . . . . .	42
3.1.	Stand . . . . .	42
3.2.	Rechtliche Voraussetzungen . . . . .	43
4.	Elektronische Klageeinreichung und Zustellung . . . . .	43
4.1.	Notwendigkeit der Schaffung gesetzlicher Grundlagen . . . . .	43
4.2.	Elektronische Klageeinreichung – Pilotprojekte . . . . .	44
4.3.	Elektronische Klageeinreichung . . . . .	44
4.4.	Planungen für elektronische Klageeinreichung . . . . .	44
4.5.	Ausblick . . . . .	45
 <b>Jaromír Jindřich: eGovernment in der Justiz</b>		<b>47</b>
1.	Einleitung . . . . .	47
2.	Möglichkeiten der Computerisierung der Akten . . . . .	47
3.	Informationsübertragung in der Justiz und im internationalen Rechtsverkehr . . . . .	49
4.	Die elektronische Informationsdatenbank und ihr Beitrag zur Popularisierung der Rechtsordnung . . . . .	50
5.	Schluss . . . . .	52
 <b>Milan Hulmák: Elektronischer Rechtsverkehr aus der Sicht der tschechischen Anwaltschaft</b>		<b>55</b>
1.	Einleitung . . . . .	55
2.	Elektronische Signatur . . . . .	55
3.	Verwendung von Signaturen bei materiellrechtlichen Handlungen . . . . .	58
3.1.	Schriftliche und andere Rechtshandlungen . . . . .	58
3.2.	Arbeitsrecht . . . . .	61
3.3.	Einschränkungen für Verwendung elektronischer Signaturen . . . . .	61
3.4.	Verträge betreffend im Liegenschaftskataster eingetragene Liegenschaften . . . . .	62
4.	Verwendung im Prozessrecht . . . . .	62
4.1.	Elektronische Poststellen . . . . .	62
4.2.	Zivilprozessordnung, Gesetz über das Verfassungsgericht, Exekutionsordnung . . . . .	63
4.3.	Gerichtsverwaltungsordnung . . . . .	64
4.4.	Strafprozessordnung . . . . .	64
4.5.	Verwaltungsordnung . . . . .	65

4.6.	Gesetz über die Steuer- und Gebührenverwaltung . . . . .	65
4.7.	Bewertung . . . . .	66
5.	Elektronische Informationen . . . . .	67
6.	Schluss . . . . .	68
<b>Claas Hanken: Elektronische Signaturen und eGovernment – Aktuelle Entwicklungen in Deutschland</b>		<b>71</b>
1.	Einleitung/Gesetzliche Grundlagen . . . . .	71
2.	Praxisanwendungen . . . . .	74
2.1.	Bund . . . . .	75
2.2.	Länder/Kommunaler Bereich . . . . .	75
3.	Ausblick . . . . .	77
	Anhang . . . . .	79
<b>Eva Rosenauerová/Jindřich Krous: Regionale Informationssysteme</b>		<b>83</b>
1.	Informationssysteme der staatlichen Verwaltung . . . . .	83
2.	Die Informationssysteme der Verwaltung in der Tschechischen Republik . . . . .	83
3.	Das Staatliche Informationssystem . . . . .	84
4.	Heutige Methoden der Kommunikation mit Behörden . . . . .	85
5.	Das Geografische Informationssystem (GIS) . . . . .	85
6.	Aufbau des GIS in der Bezirksverwaltung von Most . . . . .	89
7.	Aufbau des GIS in der Bezirksverwaltung von Dečín . . . . .	92
8.	Die webbasierten Informationssysteme . . . . .	93
	Anhang . . . . .	95
<b>Denisa Sasková: Verwaltungsverfahren bei der Bewilligung der Ausgabe elektronischer Geldmittel durch die Tschechische Nationalbank</b>		<b>97</b>
1.	Rechtliche Regelung des Zahlungsverkehrs in der Tschechischen Republik . . . . .	97
2.	Verwaltungsverfahren der Tschechischen Nationalbank . . . . .	98
3.	Prozess des Verwaltungsverfahrens . . . . .	99
<b>Petr Miňovský: Zahlungskarten und elektronisches Geld</b>		<b>103</b>
1.	Gesetzliche Grundlagen . . . . .	103
2.	Definitionen . . . . .	103
3.	Verpflichtungen gegenüber der Tschechischen Nationalbank . . . . .	104
4.	Fernzugang: Verpflichtungen der Emittenten nach dem Gesetz über den Zahlungsverkehr . . . . .	105
5.	Fernzugang in der Tschechischen Republik bis Ende 2003 . . . . .	105
6.	Prozess der Kartennutzung . . . . .	105
7.	Elektronisches Geld und Bargeld . . . . .	106

8.	Systeme von E-Geld . . . . .	106
9.	Gesetzliche Verpflichtungen der Emittenten elektronischer Geldmittel . . . . .	106
10.	E-Geld in der Tschechischen Republik . . . . .	107
11.	Kartensysteme der Transportunternehmen – multifunktionelle kontaktfreie Chip- karten . . . . .	108
12.	»Mikrozahlungs«-Internetsystem . . . . .	108
13.	Perspektiven des Zahlungsverkehrs . . . . .	108
	Anhang . . . . .	110
	<b>Ludwig Gramlich: Elektronischer Zahlungsverkehr und eGovernment aus deut- scher Sicht</b>	<b>111</b>
1.	Einleitung . . . . .	111
2.	Grundlagen und (traditionelle) Formen des Zahlungsverkehrs . . . . .	112
3.	Rechtliche Vorgaben für Zahlungen durch und an deutsche öffentliche Stellen .	113
4.	»electronic payment systems« und »electronic money« . . . . .	115
5.	Bewertung und Ausblick . . . . .	122
	<b>Wolfgang Claus: Die Virtuelle Akademie der AVS – ein integriertes Lern- und Wissensmanagementsystem</b>	<b>125</b>
1.	Stellung und Aufgaben der AVS . . . . .	125
2.	Anliegen und Struktur einer Virtuellen Akademie . . . . .	126
3.	Der Einsatz der Virtuellen Akademie für die Begleitung von Fortbildungsmaß- nahmen . . . . .	127
4.	Der Einsatz der ViA als Informations- und Qualifikationspool im Arbeitsprozess	129
5.	Der Servicebereich der Virtuellen Akademie . . . . .	130
6.	Erste Maßnahmen des Qualitätsmanagements . . . . .	131
7.	Ausblick . . . . .	133
	Anhang . . . . .	134
	<b>Detlef Rätz: Verwaltungsinformatik – berufsbegleitender Masterstudiengang an der FHSV</b>	<b>135</b>
1.	Zielstellung . . . . .	135
2.	Das Kompetenzbild »Verwaltungsinformatik« . . . . .	137
3.	Gestaltung des Studiums . . . . .	140
3.1.	Studienformen . . . . .	140
3.2.	Personelle Untersetzung . . . . .	140
4.	Organisatorische Rahmenbedingungen . . . . .	141
	<b>Ralf Grünewald: Zusammenarbeit zwischen Behörden und mittelständischen Software-Unternehmen als Basis effizienter elektronischer Verwaltung</b>	<b>143</b>

1.	Ausgangsbetrachtungen . . . . .	143
2.	Aspekte der Software-Partnerschaft mit Behörden/Kommunen . . . . .	143
3.	Chancen und Risiken im Öffentlichen Marktsegment . . . . .	144
4.	Folgerungen der sächsischen Softwareindustrie für Öffentliche Verwaltung . . .	144
5.	SASKIA <sup>®</sup> Informations-Systeme GmbH . . . . .	145
6.	Flöhaer Kreis – Verbund der sächsischen SASKIA <sup>®</sup> -Anwender . . . . .	145
7.	Handlungsbedarf zur Verbesserung von IuK in Verwaltungen . . . . .	145
8.	Einflussfaktoren auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit . . . . .	146

**Radim Polčák: Normensynergie und eGovernment als Mittel einer effektiven**

<b>Verwaltung</b>	<b>147</b>	
1.	Zur Einführung . . . . .	147
2.	Zum Begriff der Normensynergie und seiner Anwendung im Rahmen der eGovernment-Problematik . . . . .	148
3.	Kollektive und individuelle Aspekte der Einführung der eGovernment-Methoden	150
4.	Normensynergie bei einer Dienstleistungsform und System der Definitionsnormen	151
5.	Schluss . . . . .	153